

Gemeinsame Stellungnahme zu dem Gutachten durch den Arbeitskreis Fusion

Der Aussage des Herrn Prof. Dr. Martin, dass er nach „Durchsicht der Akten und dem darin Vorgefundenen“ zu dem Schluss kommt, „dass die Fusion zur Großgemeinde Handewitt ein Schritt war, der sachlich zu rechtfertigen ist“ stimmen die Mitglieder des Arbeitskreises ausdrücklich zu! Hinweise auf ein „unredliches“ Verhalten im Rahmen der Fusion haben sich nicht ergeben.

1. Der Arbeitskreis Fusion stellt fest, dass die Abwicklung der Fusion ordnungsgemäß verlaufen ist.
2. Die Erwartenshaltung auf planerische Anerkennung der neuen Großgemeinde Handewitt als „Stadtrandkern II. Ordnung“ ist nicht erfüllt worden.
3. Des Weiteren wird festgehalten, dass durch nicht umfängliche Information in der Bevölkerung „Alt“-Jarplund-Wedings Reaktionen erfolgten, die zu Missverständnissen und „gesellschaftlichen Verwerfungen“ führten. Dass dabei Verbindungen mit anderen, zeitlich nah getakteten, Vorhaben und Angelegenheiten hergestellt wurden, ist zurückblickend nachvollziehbar und ebenso in der mangelnden Transparenz begründet. Zur Verdeutlichung sei hierzu auf die folgenden Ausführungen verwiesen.
4. Gerade diese Beobachtungen und Feststellungen festigen die Auffassung des Arbeitskreises, dass im Sinne einer weiteren Offenheit und zur Akzeptanz der politischen Willensbildung und des daraus folgenden Verwaltungshandelns die Bürgermitnahme verstärkt und gelebt werden muss. Art und Weise mögen die verantwortlichen politischen Kräfte im Sinne einer Zukunftsfähigkeit Handewitts erörtern und umsetzen.

Ergänzend zu diesen Kernsätzen ist nunmehr wohl auch anzuerkennen, dass die damaligen Akteure im Wesentlichen das Ziel verfolgten, zum Wohle aller Beteiligten die Gemeindefusion voranzutreiben. Das dabei vielleicht der eine oder andere zudem eigene politische Ziele verfolgte, ist aus heutiger Sicht nicht zu verurteilen, da es offensichtlich in erster Linie um die positive Entwicklung der Gesamtgemeinde ging.

Der Arbeitskreis hat es auch nicht als seine Aufgabe angesehen, das Für und Wider einer Fusion der beiden Altgemeinden Handewitt und Jarplund-Weding aus heutiger Sicht und mit einem zeitlichen Abstand von 10 Jahren zu bewerten. Dieses wäre gegenüber den seinerzeit politisch Verantwortlichen anmaßend und unfair.

Rückblickend hat es mit Sicherheit Erwartungen und möglicherweise auch Fehleinschätzungen zu Themen durch die verschiedenen Akteure gegeben, die so nicht eingetroffen sind, jedoch auch nicht vorhersehbar waren.

Als sehr deutliches Beispiel kann man hier nennen, dass die fusionierte Gemeinde den Status "Stadtrandkern II. Ordnung" anstrebte, aber bis heute nicht erhalten hat.

Auch der Identitätsverlust der Altgemeinde Jarplund-Weding bei der Überführung zur Großgemeinde Handewitt sorgt bis heute in Teilen der Bevölkerung bei einzelnen Themen für Widerstand und Verdruss.

Nach Auffassung des Arbeitskreises hätten die damaligen Akteure sehr viel früher und intensiver die Bürger informieren und in die Entscheidungsprozesse einbeziehen müssen. Auch wäre damit wahrscheinlich der Eindruck vermieden worden, mit der Fusion würden Einzelpersonen ihre eigenen Interessen auf Kosten der Allgemeinheit durchsetzen wollen. Der damals entstandene Eindruck einer überstürzten Fusion wäre damit mit Sicherheit vermieden worden.

Ggf. wäre im Bereich der politischen Parteien in der ehemaligen Gemeinde Jarplund-Weding eine umfassendere Information, Erörterung und auch Begründung des Fusionsvorhabens notwendig gewesen; damit hätten dann jegliche politische Akteure als „Multiplikatoren“ in der Bevölkerung ausreichende und befriedigende Darstellungen vornehmen können.

Die Fusion ist im Bereich Jarplund-Weding (und hier insbesondere im Bereich Jarplund) speziell aufgrund der umstrittenen Beschlüsse zum "Sondergebiet Abfallwirtschaft Hornholzer Höhen" in Frage gestellt und sogar angefeindet worden. Diese Beschlüsse wurden ganz kurz nach der Fusion gefasst.

Wegen dieses engen zeitlichen Zusammenhanges wurde auch besonders dort eine sachliche Verknüpfung dieser beiden Angelegenheiten gesehen und hergestellt.

Dass im Übrigen seitens der politischen Akteure (sowohl vor als auch nach der Fusion) ggf. nicht ausreichende Aufklärung bzw. Transparenz geübt wurde, ist ein Umstand, der nachstehend durch Aufführung div. aktenkundiger Handlungen noch weiter veranschaulicht wird:

Den vorliegenden Unterlagen des Jahres 2006 ist sehr klar und deutlich zu entnehmen, dass ganz besonders dem Problem/ der Frage der Bürgerbeteiligung und Mitnahme der Bürger eine sehr große Bedeutung zugemessen wurde. Es sei laut Aussage des damaligen Bürgermeisters der Gemeinde Jarplund-Weding, eine „zentrale Frage“, den Bürger mitzunehmen, also von der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit einer Fusion zu überzeugen.

Da die Frage einer Fusion bis zur vorherigen Kommunalwahl 2003 zu keinem Zeitpunkt Gegenstand der politischen öffentlichen Diskussion und Auseinandersetzung in den beiden Altgemeinden Jarplund-Weding und Handewitt war, wäre es dringend erforderlich gewesen, diese Frage/ dieses Problem zum Gegenstand der öffentlichen politischen Debatte zu machen, wobei sich Befürworter und Gegner einer Fusion ergebnisoffen, argumentativ und zuhörend hätten austauschen können/ müssen. Die politisch Verantwortlichen hätten die Bürger und Einwohner rechtzeitig „ins Boot holen“ sollen, um den Eindruck zu vermeiden, dass sie „an diesen vorbei“ agieren. Praktizierte Mitnahme bedingt Ergebnisoffenheit und absolute Transparenz. So hätte man dem selbstgestellten richtigen theoretischen Anspruch des Bürgermeisters der Gemeinde Jarplund-Weding gerecht werden können.

Es wäre dabei wohl angebracht gewesen, auf entwickelte Argumentationshilfen für das Für und Wider zu einer Fusion zurückzugreifen. Auch ein bereits im August des Jahres 2005 zur „VISION Kommunalreform für den Amtsbereich Handewitt“ gefertigtes Arbeitspapier hätte als gute Diskussionsgrundlage dienen können.

Demgegenüber stand (jedoch) die Auffassung von weiteren federführend Agierenden, die der Überzeugung waren, dass dieses Thema Fusion nicht in öffentlichen Ausschuss-Sitzungen behandelt werden sollte, sondern erst intern in den Parteigremien. Diese Haltung wurde mit der zunächst notwendigen internen Erörterung und wenn möglich einhelligen Meinungsbildung begründet. Als geeigneter Personenkreis für diese ersten informellen Gespräche wurden die 8 Fraktionen sowie beide Bürgermeister angesehen.

An anderer Stelle wurde ausgeführt, dass die potenziellen Folgen einer Verschiebung des Fusionszeitpunktes (von 2008 auf 2013) beizeiten zu diskutieren wären. Dabei wären auch die Gefahren („Spaltpilze“, Gefahren für die Schule aufgrund Schülermangels, Wechsel der Entscheidungsträger usw. usf.) zu thematisieren.

In der Summe spiegeln diese obigen Ausführungen ein wesentliches „Dilemma“ und ein Kernproblem der politischen Verantwortlichen wider. Art, Umfang und (gerade auch) Zeitpunkt einer Bürgermitnahme festzulegen und zu vereinbaren, war eine damals zu diskutierende und zu entscheidende Frage. Das diese zuletzt im höchsten kommunalverfassungsrechtlichen Instrument mündete, nämlich im Bürgerentscheid vom Juli 2007, mag formal zwar eine abschließende Antwort darstellen, kann aber auch als Indiz für die nicht ausreichende vorherige Transparenz und Informationspolitik herangezogen werden. Zudem dienen derartige Entscheide auch nicht zur Wiederherstellung des Friedens innerhalb einer Kommune, sondern stellen zumeist lediglich einen Schlussstrich mit „Gewinnern“ und „Verlierern“ dar.

Daher spricht der Arbeitskreis Fusion die Empfehlung aus, dass die aktuell betriebene Initiative in Handewitt zu mehr Informationen und einer deutlich höheren Beteiligung der Bürger bei politischen Entscheidungsprozessen für die Zukunft unbedingt zu forcieren ist!

Ein solches Vorhaben würde nach Auffassung des Arbeitskreises dazu führen, dass die Bürger deutlich mehr hinter den Entscheidungen der politischen Gremien stehen und in Zukunft, neben der weiter zu bewahrenden ortsteilbezogenen Identität, auch ein deutlich höheres „WIR Handewitter“ - Gefühl entstehen wird.

So vereinbart und der Gemeindevertretung vorgelegt am 13.06.2016

Robin Borrmann

Hans Carstensen

André Hense

Björn Jacobsen

Christian Jacobsen

Achim Kliner

Jens Knaack

Bruno Lorenzen

Dieter Neugebauer

Ingo Reimer